



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/184

5. Dezember 1949

Der Standpunkt der französischen Sozialisten

Zu den folgenden Darlegungen G u y M o l l e t s wäre vom Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie manches zu erwidern. Wir werden aber erst nach den Besprechungen am kommenden Wochenende dazu Stellung nehmen.

D.Red.

sp. Paris, 5. Dezember

Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet, hat unserem Pariser A.-F.-Korrespondenten in

einem Interview einige aktuelle Fragen beantwortet. Seine Erklärungen gewinnen dadurch an Bedeutung, dass sie gewisser-

maßen als Einleitung für die am 11. Dezember in Paris stattfindenden Besprechungen zwischen britischen, französischen

und deutschen Sozialisten gelten können.

Frage: Was denken Sie über die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland?

Antwort: Die jüngste Haltung der deutschen Sozialdemokratie hat uns eine gewisse Enttäuschung bereitet. Wir verstehen sehr wohl bestimm-

te Reaktionen der SPD, wir haben aber das Gefühl, dass sie nicht immer in der richtigen Form erfolgten. Besonders bedauerlich er-

scheint der mangelnde Kontakt zwischen deutschen und französischen Sozialisten, wodurch eine Reihe von Missverständnissen entstanden

sind. So hat die französische Partei von dem Memorandum der SPD an die britische Arbeiterpartei in der Demontagefrage (im Juli d. J.)

nur durch die Presse Kenntnis erhalten, obwohl die darin behandelten Punkte für Frankreich von größter Wichtigkeit sind.

Es erscheint uns unmöglich, dass die SPD sich denjenigen Massnahmen, die für die Wiedereingliederung Deutschlands in die europä-

europäische Gemeinschaft erforderlich sind, widersetzt. Wir gehen mit ihr einig in der Ablehnung ausländischer Kapitalbeteiligungen in der Ruhr, wir verstehen aber nicht, weshalb die deutschen Sozialdemokraten die Mitarbeit der deutschen Regierung in der internationalen Ruhrbehörde bekämpfen. Bestimmte Argumente unserer deutschen Freunde erinnern uns leider zu sehr an eine höchst unangenehme Vergangenheit. Man sollte nicht allzu sehr die Gefühle der Durchschnittsfranzosen, selbst wenn es sich um Sozialisten handelt, vernachlässigen, und man sollte auch wissen, dass gewisse Reden Dr. Schumachers der sozialistischen Partei Frankreichs durch ihre Rückwirkung auf die öffentliche Meinung unseres Landes viel geschadet haben.

Frage: Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten der zukünftigen, deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen?

Antwort: Wir stehen einer wirtschaftlichen Annäherung mit Deutschland sehr günstig gegenüber, wünschen jedoch, dass sich die zu bildende Einheit auch auf Grossbritannien erstreckt. Die Behauptung, England sei zu einer Beteiligung nicht bereit, ist unrichtig. Es stellt für seine Mitarbeit lediglich eine auch von uns gebilligte Bedingung: Es soll sich um eine geplante wirtschaftliche Zusammenarbeit handeln und nicht um eine liberalistische Einheit, die auf der sogenannten freien Konkurrenz aufgebaut ist.

Zwei Hindernisse sind auf dem Wege der deutsch-französischen Wirtschaftszusammenarbeit noch zu überwinden: die Ruhrfrage und die Demontagen. Was die Demontagen betrifft, so haben die französischen Sozialisten schon lange dagegen Stellung genommen, mit Ausnahme derjenigen Fabriken, die ausschliesslich für militärische Zwecke errichtet wurden, wie z.B. die Hermann-Göringwerke. Wir übersehen aber andererseits nicht die Tatsache, dass die deutsche Stahlindustrie über eine jährliche Leistungsfähigkeit von 15 Mill.t verfügt, eine Gegebenheit, die in Frankreich in Erinnerung an die Vergangenheit beunruhigt und zur Forderung nach einer wirkungsvol-

wirkungsvollen Kontrolle führt. Wir sehen die Lösung in der Internationalisierung der Ruhr und verstehen nicht, weshalb die SPD uns dabei nicht unterstützt hat. Da diese Lösung vorläufig nicht möglich erscheint, legen wir besonderen Wert auf die Beteiligung der Gewerkschaften an der Ruhrkontrolle. Wir rechnen hierfür mit einer aktiven deutschen Unterstützung.

Frage: Welche Haltung nimmt die Sozialistische Partei Frankreichs in der Saarfrage ein?

Antwort: Hierauf kann ich wohl im Namen der gesamten Partei antworten, wenn sich auch die verschiedenen Meinungen mitunter durch einige Nuancen unterscheiden.

Im Ständigen Ausschuss des Europarates hatte ich die Absicht, zusammen mit einem dänischen Sozialisten gegen die Zulassung der Saar in den Europarat zu stimmen. Auf die Versicherung hin, es handle sich lediglich um eine vorläufige Entscheidung, bogmügte ich mich schliesslich mit einer Stimmenthaltung. Unseres Erachtens soll den Saarländern nach Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und in völliger Unabhängigkeit die freie Entscheidung über ihre politische Zugehörigkeit oder Lostrennung von Deutschland gelassen werden. Eine sofortige Lösung würde den zu vermeidenden Eindruck erwecken, Frankreich habe in irgendeiner Form eine von den Sozialisten einmütig abgelehnte Zergliederung Deutschlands gefördert. Ausserdem verkennen wir nicht die Gefahr nationalistischer Reaktionen infolge überstürzter politischer Massnahmen in der Saar. Dagegen unterstützen wir voll und ganz die wirtschaftliche Angliederung der Saar an Frankreich.

Auslandsinteresse für das Flüchtlingsproblem

J.S. Auf dänische Veranlassung haben kürzlich Schweden, Norwegen und Estland dem britischen Ausserministerium ein Memorandum überreicht, mit dem, wie im Frühherbst auf einer Ausserministerkonferenz der nordischen Staaten beschlossen, die Forderung Dänemarks unterstützt wird, dass die in Schleswig lebenden Flüchtlinge

Flüchtlinge auf das Bundesgebiet verteilt werden.

Der dänische Wunsch ist nicht neu, er entspringt der Befürchtung, dass der Volkscharakter Südschleswigs durch die Ostvertriebenen verfärbt und die kommunale Selbstverwaltung von den Flüchtlingen auf Kosten des dänisch gesinnten Teils der Bevölkerung majorisiert werde. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein kennt den dänischen Wunsch seit langem, sie kann freilich bei allem guten Willen nicht über ihren eigenen Schatten springen. Das bedeutet, dass sie sich bei der jetzt - leider nur im kleinen Umfange - in Gang gekommenen Umsiedlung stärker nach den von der deutschen Not diktierten Verhältnissen richten muss, ohne jedoch die Wünsche Dänemarks links liegen zu lassen. Sie muss das Ventil zunächst dort öffnen, wo der grösste Druck besteht und das muss nicht immer in Schleswig sein. Es würde z.B. jeder sinnvollen Umsiedlung widersprechen, würde man nur um des dänischen Wunsches willen aus Südschleswig Ostvertriebene umsiedeln, die seit Jahr und Tag in Arbeit stehen, während auf abgelegenen Inseln Tausende von Flüchtlingen noch jahrelang auf irgend eine Beschäftigung warten müssen.

Trotzdem hat die Regierung von Schleswig-Holstein ein übriges getan, um Dänemark gegenüber den guten Willen zu beweisen. Die Ostvertriebenen Schleswig-Holsteins verteilen sich zu 75% auf den Landesteil Holstein, zu 25% auf den Landesteil Schleswig. Trotzdem wurden von den im Laufe des letzten halben Jahres in die französische Zone umgesiedelten Ostvertriebenen 45% aus Schleswig und 55% aus Holstein genommen, also eine eindeutige Bevorzugung Schleswigs. Dass die Auswirkungen z.Zt. nicht stärker spürbar sind, liegt nicht an der Regierung von Kiel, sondern an der Geringfügigkeit der abgenommenen Quote durch die Länder der französischen Zone. Insgesamt wurden in diesem Jahr aus Schleswig-Holstein 14 460 Personen umgesiedelt, davon 6587 allein aus Schleswig. Mehr konnte die Regierung von Kiel nicht tun, ohne mit den harten Tatsachen der Flüchtlingsnot in Konflikt zu geraten. Daran können auch Memoranden entfernt liegender Mächte nichts ändern. Wenn im kommenden Jahr, wie vorge-

vorgesehen, 150 000 Ostvertriebene aus Schleswig-Holstein umgesiedelt werden, dürfte man dem dänischen Wunsch ein grösseres Stück entgegenkommen können.

Den Noten der drei nordischen Länder ging ein journalistisches Husarenstück voraus, das nicht unerwähnt bleiben soll. In der letzten Folge der in London erscheinenden Zeitschrift "The Moresman", einer Art offizielles Organ Skandinaviens in England, veröffentlichte der dänische Archäologe Dr. Jacobsen einen Artikel, in dem er u.a. ausführt, dass die in Südschleswig lebenden 350 000 Flüchtlinge (es waren vor Beginn der Umsiedlung genau 268 529) eine "ständige Bedrohung der dänischen Südgrenze" darstellen und dass sie eine "Gefahr für die Verwirklichung des Atlantikpaktos in Nordwest-Europa" seien, weil die Eider-Linie die "natürliche und einzige Verteidigungslinie für Dänemark und Südschweden" sei. Da die Besatzungsmächte die Aufnahme dieser Flüchtlinge in der Doppelzone (!) aus militärischen Gründen abgelehnt hätten, sei die einzige Lösung in der Auswanderung zu suchen.

Hoffentlich ist Dr. Jacobsen ein guter Archäologe.

Sozialisten-Treffen in Paris

sp. Am kommenden Wochenende finden in Paris wichtige Besprechungen zwischen Vertretern sozialistischer Parteien Europas statt. Für Sonnabend, den 10.12.49, ist eine Sitzung des Arbeitsausschusses der Comisco vorgesehen, der alle Vierteljahr einmal zusammentritt und dem je ein Vertreter jeder Partei, die Mitglied der Comisco ist, angehört. Die SPD wird durch Erich Ollenhauer vertreten sein. Man wird organisatorische und politische Fragen beraten, u.a. einen Bericht über die Situation der sozialistischen Parteien in Italien entgegennehmen. Ausserdem dient die Sitzung der Vorbereitung der nächsten Vollkonferenz der Comisco.

Am Sonntag, den 11.12.49 finden Besprechungen zwischen Vertretern französischer Sozialisten, der Labour Party und der SPD über eine Reihe aktueller politischer Fragen statt, die alle drei Parteien interessieren und die zum Teil bereits der Generalsekretär der Labour-Party, Morgan Phillips, kürzlich in Paris und in Bonn erörterte. Von deutscher Seite werden neben Erich Ollenhauer Herr Dr. Gotthelf, Prof. Wölting und Franz Bögler teilnehmen.

Bayern fordert die Pfalz

=====

M.R.München, im Dezember

Die Regierung Dr.Hoegner sowohl wie ihre Nachfolgerin, die jetzige CSU-Regierung Dr.Ehard, hat in ihrer Regierungserklärung die Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern verlangt. Über diese Erklärungen hinaus ist aber von bayrischer Regierungsseite aus kaum etwas geschehen. Dr.Hoegner hat einmal einige tausend Zentner Kartoffeln in die Pfalz gesandt und dafür eine Rüge der Militärregierung eingesteckt. Unter der Regierung Dr.Ehard ist später mit ihrem Wissen und ihrer versteckten Unterstützung ein "Pfalzausschuss" gebildet worden, der die Propaganda für die Wiedervereinigung übernommen hatte.

Die Situation spitzte sich zu, als eine Reihe bayrischer Landtagsabgeordneter dem Bayern-Pfalz-Ausschuss in der Pfalz, der unter der Führung von Prälat Walzer steht, einen Besuch abstattete und die Regierung von Rheinland-Pfalz es den Pfälzer Beamten untersagte, an den Veranstaltungen dieses Ausschusses teilzunehmen. Dr.Ehard schickte an Dr.Altmeier ein geharnischtes Schrreiben, auf das bis heute noch keine Antwort erfolgt ist. Dieses Verhalten mag Anlass gewesen sein, dass die bayrische Regierung aus ihrer Reserve heraustrat.

Jetzt wurde ein "Landesverband der Pfälzer im rechtsrheinischen Bayern" gegründet. Ministerpräsident Dr.Ehard hielt auf dieser Gründungsversammlung in München eine Rede und unterstrich damit den offiziellen Charakter dieses Verbandes. Er führte aus: "Bayern hoffe zuversichtlich auf die Rückkehr der Pfalz zu Bayern". Allerdings liege es der bayrischen Regierung fern, "das Land Rheinland-Pfalz in seinem Besitzstand zu beunruhigen". Eine Volksabstimmung in der Pfalz solle den endgültigen Wiederezusammenschluss der Pfalz mit Bayern herbeiführen.

Schon wenige Tage später forderte Dr.Ehard im Haushaltsausschuss des Landtags rund 100 000.-DM, um die Arbeit des Landesverbandes zu unterstützen. Der Ausschuss Bayern-Pfalz erklärte beinahe zur gleichen Zeit, dass er die Umsiedlung der in Bayern als Flüchtlinge lebenden Donauschwaben in ihre pfälzische Urheimat bei den Flüchtlingsverwaltungen anregen und auch organisatorisch vorbereiten wolle. Man verkündet weiter, dass Tbc-Kranke der Pfalz in bayrischen Erholungsheimen untergebracht werden sollen. Es ist damit zu rechnen, dass sich diese Tätigkeit, von der Regierung unterstützt, in der nächsten Zeit verstärken wird. Träger dieser Propaganda sind vor allen Dingen die altbayrischen Kreise.

Die SPD in Bayern hält sich bewusst von jeder Propaganda zurück und betont, dass diese Frage einzig und allein von der Pfälzer Bevölkerung entschieden werden kann.

Verantwortlich: Peter Baumau